

Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig

2 | 2021

Endlich wieder gemeinsam spielen

Die Corona-Pandemie hat auch die Arbeit des Posaunenwerks der Landeskirche Braunschweig ausgebremst. Doch die vergangenen Jahrzehnte waren von einem erfolgreichen Aufbau geprägt.



**Im Interview:
Sigmar Gabriel**



Foto: Jens Schultze

Liebe Leserinnen und Leser,

die Demokratie ist eine anstrengende Aufgabe. Denn sie ist keine Staatsform, in der ein autoritäres Regime das Sagen hat. Der demokratische Staat, das sind wir, die Bürgerinnen und Bürger. Wir entscheiden über den politischen Weg unseres Landes. In den Kommunal- und Landtagswahlen, und am 26. September wieder bei einer Bundestagswahl.

Diese Beteiligung am politischen Prozess ist allerdings von Voraussetzungen abhängig: vor allem von der Bereitschaft, sich zu informieren und auf der Basis von Fakten und mit Anstand die gesellschaftlichen Kontroversen zu führen. Die Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger und qualifizierte öffentliche Debatten.

Daran mitzuwirken, ist auch eine Aufgabe der Kirche. Aus ihrem geistlichen Auftrag, die Liebe Gottes zu den Menschen zu bezeugen, leitet sich eine weltliche Verantwortung ab: Gerechtigkeit und Frieden, die Achtung vor der Menschenwürde, die Freiheit und das Gemeinwohl zu fördern. Die Kirche weiß heute, was es bedeutet, wenn der Demokratie die Demokraten fehlen und extremistische Kräfte die Macht an sich reißen.

Daran erinnert zum Beispiel die neugestaltete Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel. Dort finden sich bedrückende Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus. Die Erinnerung daran mahnt uns, die Herausforderungen unserer Demokratie zu bestehen, wie der ehemalige Bundesaußenminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel im Interview mit unserem Magazin erklärt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr



Michael Strauß

Impressum

Herausgeber Pressestelle der Landeskirche Braunschweig | Redaktion Michael Strauß (mic) | Anschrift Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1, 38300 Wolfenbüttel, Tel. 05331-802108, Fax 05331-802700, presse@lk-bs.de, www.landeskirche-braunschweig.de | Layout Dirk Riedstra | Druck MHD Druck und Service GmbH, 29320 Hermannsburg | **Titelfoto:** Klaus G. Kohn



Foto: Klaus G. Kohn



Foto: Klaus G. Kohn



Foto: Jesco Denzel



Foto: ajab

In dieser Ausgabe

- 4 Blickpunkt**
Farben im Widerschein
Die Werke des Künstlers Martin Gremse lassen sich spirituell interpretieren.
- 8 Porträt**
Werte für die Wirtschaft
Die Bankerin Nicole Mölling engagiert sich im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer.
- 10 Titelthema**
Endlich wieder gemeinsam spielen
Die vergangenen Jahrzehnte des Posaunenwerks waren von einem erfolgreichen Aufbau geprägt.
- 14 Interview**
Mehr Kooperation wagen
Angesichts des Niedergangs der Volksparteien braucht die Politik eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, sagt Sigmar Gabriel im Interview.

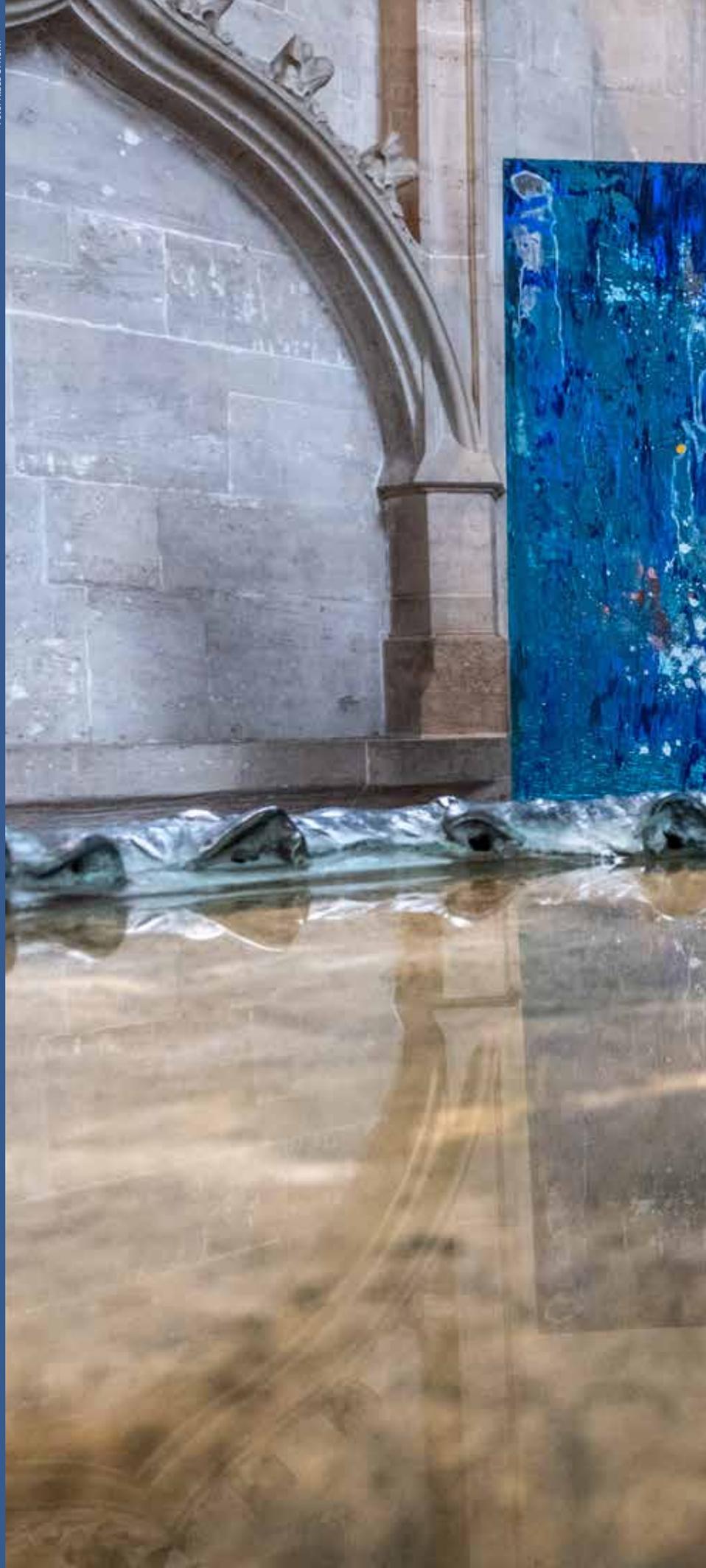
- 20 Hintergrund**
Durch Erinnern Zukunft gewinnen
In Wolfenbüttel erinnert eine Gedenkstätte an den Umgang mit Straftätern im Nationalsozialismus.
- 24 Reportage**
Jugendlichen Orientierung geben
Pfarrer Edgar Austen war zwanzig Jahre lang Religionslehrer an einer Berufsbildenden Schule.
- 26 Kleine Kirchenkunde**
Digital und online
Seit Beginn der Corona-Pandemie entwickelt die Jugendarbeit digitale Konzepte und Strategien.
- 29 Bücher**
Spirituelle Wanderer
Neue Bücher zu Bob Dylans 80. Geburtstag beschreiben dessen religiöse Suche.

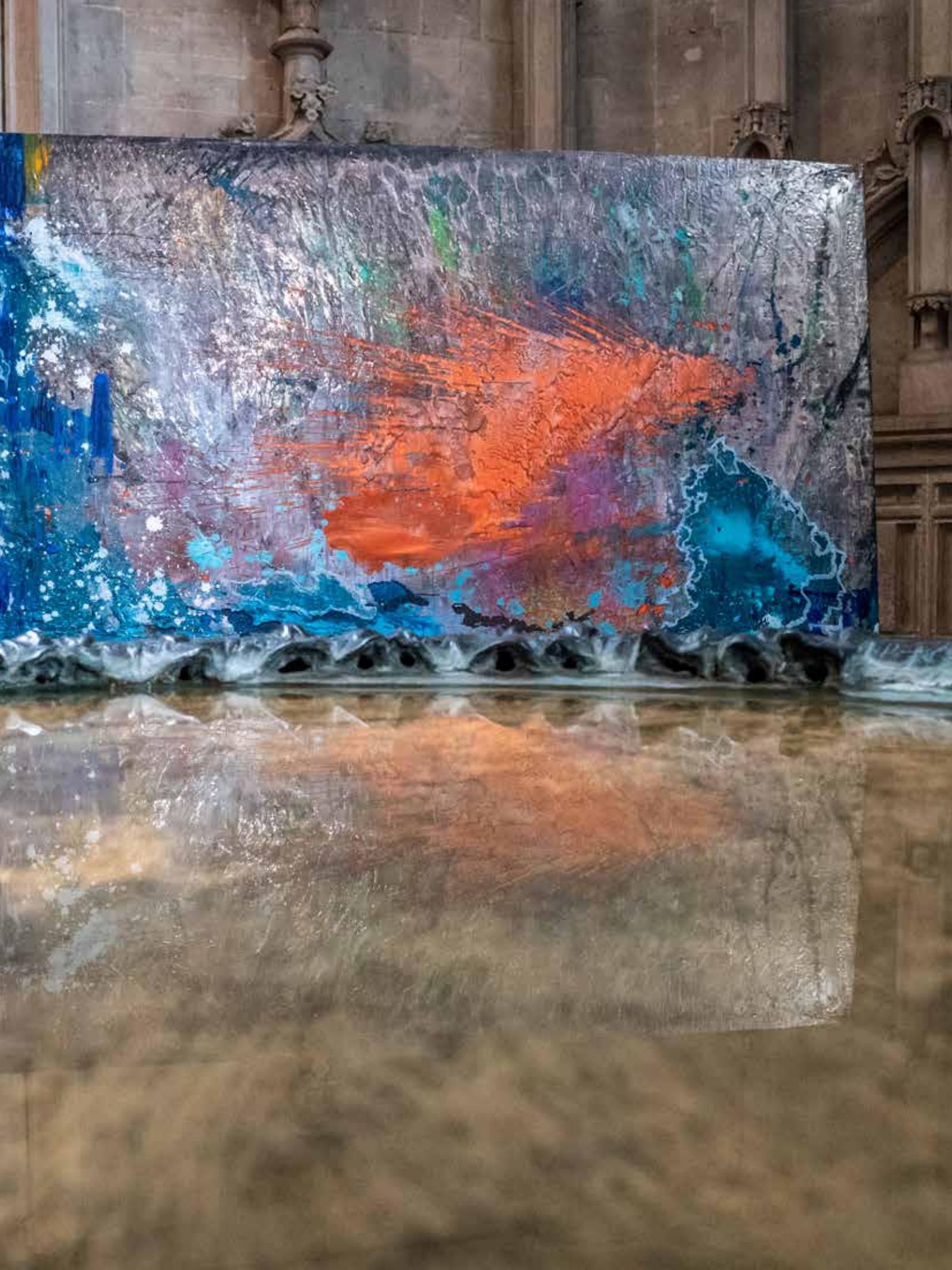
Farben im Widerschein

Abstrakte Vielfarbigkeit war Martin Gremses Kennzeichen. Seine Kunstwerke provozieren den Widerschein und lassen sich auch in spiritueller Hinsicht interpretieren. Impulse erhielt der Künstler nicht zuletzt in der Zeit von 2000 bis 2004 als Stipendiat der Stiftung Ökumenisches Lernen der Landeskirche Braunschweig. 1983 in Goslar geboren und aufgewachsen, wo er bis zuletzt ein Atelier unterhielt, führte ihn seine Kunst in viele Länder – nach London, Hongkong oder New York. Besucherinnen und Besucher der St. Andreaskirche in Braunschweig konnten sich jüngst von seinem Werk einen Eindruck verschaffen: „born by erase II“ hieß eine Ausstellung, die Gemälde und Skulpturen zeigte. Der Künstler, der nach einem Medizinstudium auch als Psychiater in Bern wirkte, starb im Jahr 2020 mit nur 36 Jahren. Mehr über ihn und seine Kunst findet sich im Internet.



www.martingremse.de





Synode will Traugesetz ändern



Foto: Klaus G. Kohn

Maria Schulze vor der Landessynode.

Die braunschweigische Landessynode will die kirchliche Trauung für zwei Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Zuordnung ermöglichen. Bis zum November dieses Jahres soll das Landeskirchenamt eine Änderung des Traugesetzes vorlegen. Einen entsprechenden Beschluss hat die Synode auf Antrag des Gemeindeausschusses am Freitag, 28. Mai, bei ihrer Tagung in Wolfenbüttel gefasst.

Pfarrerin Maria Schulze (Braunschweig) bedauerte, dass die Landeskirche Braunschweig eine der letzten Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sei, in der eine solche Trauung noch nicht möglich sei. Seit dem Jahr 2002 gebe es lediglich die Segnung für gleichgeschlechtliche Paare in einem Gottesdienst. Diese Trennung zwischen Trauung und Segnung sei eine Diskriminierung.

Oberlandeskirchenrat Dr. Jan Lemke betonte, dass bei einer gesetzlichen Neuregelung nicht nur homosexuelle

Menschen im Blick sein dürften. Auch Menschen, die weder Mann noch Frau seien, sondern einem dritten Geschlecht angehören, seien seit 2017 vom Bundesverfassungsgericht anerkannt. Auch ihnen müsse eine kirchliche Trauung angeboten werden. Lemke kündigte an, eine Änderung des Traugesetzes vorzubereiten.

Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer erklärte, eine rechtliche Regelung alleine reiche nicht aus. Parallel dazu müsse es eine theologisch-ethische Debatte zu dem Thema geben. Auch die Kritiker einer solchen Entwicklung müssten zu Wort kommen. Nicht zuletzt aus ökumenischer Perspektive, da viele andere Kirchen eine Trauung homosexueller oder Menschen mit drittem Geschlecht ablehnen. Hofer begrüßte, dass die Landessynode die Theologische Kammer um ein aktuelles Gutachten zu dem Thema gebeten habe.

Verwaltungsreformen beschlossen

Die Landeskirche Braunschweig unternimmt weitere Schritte bei der Reform ihrer Verwaltungsstrukturen. Die Landessynode hat bei ihrer Tagung einen neuen Propsteiverband Braunschweiger Land beschlossen, der die Verwaltung von 177 Kirchengemeinden in den Propsteien Braunschweig, Goslar, Helmstedt, Vorsfelde und Königslutter übernimmt. Er wird rund 100 Mitarbeitende an den Standorten Braunschweig, Helmstedt und Goslar beschäftigen. Außerdem soll er die Trägerschaft von 17 Kindertagesstätten übernehmen, in denen rund 270 Mitarbeitende tätig sind. Ziel sei es, die kirchliche Verwaltung effizienter zu gestalten, sagte der Leiter der Rechtsabteilung, Oberlandeskirchenrat Dr. Jan Lemke.

Offen blieb die Frage, ob der Vorsitz des neuen Propsteiverbandes durch eine Pfarrerin oder einen Pfarrer mit einer halben Stelle wahrgenommen werden soll. Ein entsprechender Antrag, den Propst Thomas Gunkel (Goslar) ins Gespräch brachte, wurde in die synodalen Ausschüsse verwiesen, so dass darüber weiter beraten wird. Sollte eine solche Regelung geschaffen werden, müsse der Propsteiverband Salzgitter-Wolfenbüttel-Bad Harzburg entsprechend berücksichtigt werden, betonte Propst Jens Höfel (Bad Harzburg).

Darüber hinaus will die Landeskirche dem Klimaschutz stärker Gewicht verleihen. Oberlandeskirchenrat Dr. Jörg Mayer, Leiter der Finanzabteilung, informierte die Landessynode darüber, dass es gelungen sei, Fördergelder für die Stelle eines Klimaschutz-Managers zu erhalten, der in den kommenden zwei Jahren ein Klimaschutzkonzept für die Landeskirche erarbeiten soll. Dabei soll deutlich werden, wie im Raum der Kirche Treibhausgase weiter reduziert und stärker erneuerbare Energien genutzt werden können. Als wichtiges Handlungsfeld nannte Mayer unter anderem die kirchlichen Immobilien.

Debatte über Zukunftsprozess



Landesbischof Meyns erläuterte den Zukunftsprozess.

Foto: Klaus G. Kohn

Durch digitale Formate und Videokonferenzen haben sich in den vergangenen Monaten zahlreiche Menschen an dem Zukunftsprozess der Landeskirche Braunschweig beteiligt. In einem Zwischenbericht informierte Landesbischof Dr. Christoph Meyns die Landessynode am 28. Mai in Wolfenbüttel über erste Ergebnisse. Deutlich geworden sei ein hoher Druck für Veränderungen des kirchlichen Lebens und Arbeitens. Dabei gehe es grundsätzlich darum, die Begegnung mit Menschen in Seelsorge und Diakonie sowie in den gesellschaftlichen Dialogen an ihren Lebensorten auszurichten. Dazu brauche die Kirche unter anderem neue Formen bei Gottesdiensten und Amtshandlungen, bis hin zu Experimentier- und Erprobungsräumen. Zu fragen sei nicht zuletzt nach den zukünftigen Gemeindeformen, wie der Gemeindeausschuss in der Debatte forderte. Neben der herkömmlichen Ortsgemeinde

wurden Personalgemeinden sowie digital organisierte Gemeinden als zusätzliche Form angeregt. Zahlreiche Mitglieder der Landessynode äußerten sich kritisch zum bisherigen Verlauf des Zukunftsprozesses. Sie bemängelten einerseits konzeptionelle Unklarheiten und bedauerten andererseits, dass die Beteiligung noch nicht breit genug sei. Außerdem hat die Landessynode konzeptionelle Grundsätze einer landeskirchlichen Medienstrategie beschlossen. Deren Ziel sei es, die mediale Kommunikation der Kirche und der Diakonie insbesondere in den sozialen Medien zu verbessern, wie die Vorsitzende des Gemeindeausschusses, Pfarrerin Stefanie Röber (Evessen), erklärte. Es sei notwendig, besser mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die nicht mehr zum engeren Kreis der Kirchengemeinden gehören und die zunehmend in den sozialen Medien unterwegs seien.

Gemeinsamer Religionsunterricht



Die evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümer in Niedersachsen streben einen gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterricht an den Schulen des Bundeslandes an. Dieser Vorschlag solle bis zum Mai 2022 mit den zuständigen staatlichen Stellen, den Religionslehrkräften und in den Kirchen sowie gemeinsam mit Schülern, Eltern und Ausbildungsstätten in dem Bundesland diskutiert werden, kündigten Bildungsexperten beider Konfessionen an. Das Modell sei bundesweit einmalig und gehe über gemeinsame Kooperationen in anderen Bundesländern hinaus. Andererseits wollten die niedersächsischen Kirchen nicht so weit gehen wie etwa in Ham-

burg, wo Schülerinnen und Schüler mehrerer Religionsgemeinschaften gemeinsam unterrichtet werden.

Der geplante christliche Religionsunterricht richte sich zunächst an getaufte Schülerinnen und Schüler, sei aber zugleich offen für alle anderen interessierten Kinder und Jugendlichen, sagte die Bevollmächtigte der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Kerstin Gäfgen-Track. Es handele sich um ein benotetes Pflichtfach, das wie der bisherige Religionsunterricht auch abiturrelevant sei. Das neue Fach kann voraussichtlich erstmals zum Schuljahr 2023/24 angeboten werden. Es tritt dann an die Stelle des bisherigen evangelischen oder katholischen Religionsunterrichtes.

| epd



Foto: Agentur Hübner

Bankerin mit Sinn für Ethik: Nicole Mölling.

Werte für die Wirtschaft

Nicole Mölling ist Bankerin in Salzgitter und engagiert sich im Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer. Für sie hat zuletzt der Skandal um Wirecard gezeigt, dass die Wirtschaft nicht ohne Ethik funktioniert.

„**N**icht jammern, einfach machen!“ Nicole Mölling ist eine Frau der Tat. Vor Corona kapitulieren? Das kam für die 48-Jährige, die erst im Januar die Direktionsleitung der Volksbank BraWo in Salzgitter übernommen hat, nie in Frage. Um dem örtlichen Einzelhandel zu helfen, organisierte sie im April flugs die Einrichtung eines Corona-Testzentrums direkt im Lebenstedter Einkaufszentrum BraWo-Carree.

Das Thema Wirtschaft fokussiert Nicole Mölling jedoch nicht allein auf Aspekte wie Umsatz und Rendite. Daher wirkt sie ehrenamtlich mit im Leitungskreis der regionalen Arbeitsgruppe Braunschweig-Wolfsburg des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. (AEU).

„Wir stehen morgens auf, um etwas zu bewegen.“

„Der Skandal um Wirecard hat deutlich gezeigt, dass es auch in der Wirtschaft nicht ohne ethische Werte funktioniert“, betont Nicole Mölling. „Wir stehen doch morgens auf, um konstruktiv zu sein und etwas zu bewegen.“ Kurz: die Welt besser zu machen. Um in dieser Wertediskussion nicht „allein auf verlorenem Posten zu stehen“, habe sie sich vor Jahren dem AEU angeschlossen.

In diesem ehrenamtlichen Netzwerk, getragen von evangelischen Unternehmern, Managern und Führungskräften, gebe es ethische Orientierung und fachlichen Austausch. Das Wirtschaftsleben und christliche Werte sind für sie kein Widerspruch. „Gemäß einer solchen Verantwortung denken vor allem Familienunternehmen

noch in Generationen und nicht in Fünf-Jahres-Zyklen.“

Die Mutter einer 13-jährigen Tochter weiß aus eigener Erfahrung, wie Wirtschaftsakteure denken. In Wolfenbüttel aufgewachsen, habe sie bereits als Jugendliche angefangen zu jobben, um finanziell unabhängiger zu sein. „Dabei bin ich mit vielen Menschen in Kontakt gekommen, das habe ich geliebt“, erinnert sich Nicole Mölling. Damals sei ihr Traumberuf noch Ärztin mit eigener Praxis gewesen. Da für das Managen einer selbstständigen Arztpraxis betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse hilfreich sind, riet ihr Vater zunächst zu einer Banklehre.

Die absolvierte Nicole Mölling bei der Deutschen Bank, zudem war sie Jugendvertreterin im bundesweiten Gesamtbetriebsrat. Weil ihr Wirtschaft „Spaß macht“, folgte anschließend in Tübingen ein Studium der Betriebswirtschaftslehre. Beruflich verschlug es die 48-Jährige an unterschiedliche Orte: New York, Hamburg, Stuttgart. Ihre Schwerpunkte: Betriebsprüfungen und Private-Banking. Lange für das internationale Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers tätig, prüfte sie vor allem mittelständische Unternehmen. „Zahlen sind Mittel zum Zweck, erst die Menschen dahinter erzählen die Geschichten“, sagt Nicole Mölling.

Als das Angebot ihres jetzigen Arbeitgebers kam, habe sie nur eine „Wochenendentscheidung“ gebraucht. Nun ist die Bankerin verantwortlich für die Direktion Salzgitter, die 25 Mitarbeitende und vier Filialen umfasst. Entspannung vom Berufsalltag und Netzwerken findet Nicole Mölling in ihrem Zuhause in Wolfenbüttel, einer alten Wassermühle aus dem Jahre 1570. Umgeben von Streuobstwiesen kommen ihr auf einem Oldtimer-Trecker häufig die besten Ideen: „Dort höre ich das Handy nicht.“

| Michael Siano

Endlich wieder gemeinsam spielen

Die Corona-Pandemie hat auch die Arbeit des Posaunenwerks der Landeskirche Braunschweig ausgebremst. Doch die vergangenen Jahrzehnte waren von einem erfolgreichen Aufbau geprägt. Er ist nicht zuletzt mit Siegfried Markowis verbunden. Als Landesposaunenwart hat er seit 1992 das Werk geprägt. Nun geht er in den Ruhestand und macht seinem Nachfolger Sebastian Harras Platz.



Foto: Klaus G. Kohn

Das Motto stand fest: „hautnah.himmelweit“. Als Veranstaltungsort war die Propstei Schöppenstedt auserkoren. Für das Wochenende vom 9. bis 11. Juli 2021 fehlte nur noch eine günstige Wetterprognose. Es hätte so schön werden können... Doch aus und vorbei! Ende April hat der Landesposau-



nenrat beschlossen, den Landesposaunentag in der Landeskirche Braunschweig abzusagen. Ursprünglich sollte die Veranstaltung bereits 2020 stattfinden, wurde bedingt durch Corona jedoch noch zweimal verschoben.

Eine bittere Entscheidung auch für Landesposaunenwart Siegfried Markowis: „Aber die Pandemie hat die Organisation und Durchführung einer solchen Großveranstaltung leider unmöglich gemacht.“ Eine inhaltliche Vorbereitung sowie die Organisation für hunderte Teilnehmende benötige in der Regel zwei Jahre Vorlaufzeit. Zumindest aber für die drei letzten Monate Klarheit.

Hygiene- und Abstandsaufgaben behinderten zudem die Möglichkeit einer kontinuierlichen Probenarbeit. Diese wäre für solch eine musikalische Veranstaltung aber unverzichtbar gewesen, so Markowis.

Dabei hatte er für die Probenarbeit gemeinsam mit dem Bildungsreferenten Ronald Schrötke noch versucht, das Unmögliche möglich zu machen: per Videokonferenz. Seit Anfang Februar fanden 14 interaktive Online-Proben statt, an denen bis zu 70 Bläserinnen und Bläser aus den Posaunenchorern im Braunschweiger Land teilnahmen.



Foto: Klaus G. Kohn

Endlich wieder ins gemeinsame Spielen zu kommen – der große Wunsch aller Bläserinnen und Bläser.

Hierfür traf sich der Landesposaunenwart mit einem Bläserquartett, bestehend aus der Familie Schrötke (also einem Hausstand). Während Markowis dirigierte und das Quartett vierstimmig musizierte, mussten die übrigen Online-Übenden ihre Mikrofone stummgeschaltet lassen – wegen der großen Zeitverzögerung bei der Übertragung. „Auf diese Weise hatte aber jeder Teilnehmer den kompletten vierstimmigen Satz im Ohr und mich als Dirigenten im Blick“, schildert der Landesposaunenwart.

Mehr als 1000 Personen sind in Posaunenchor.

Optimal gehe zwar anders, aber ein Ziel der Proben wurde erreicht: Endlich wieder ins gemeinsame Spielen zu kommen. „Mal nur die Posaunen, mal nur die Trompeten, mal mit Hinweisen zur Dynamik, mal zur Gestaltung, für alle war etwas dabei“, berichtet Ronald Schrötke,

der noch eine Erkenntnis gewann: „Obwohl die Kamera bei den Musikern zu Hause eigentlich gar nicht eingeschaltet werden musste, kam durch das gegenseitige Bild für alle ein schönes Gemeinschaftsgefühl auf.“

Dieses Gemeinschaftsgefühl dürfte wohl auch das sein, was, neben der Leidenschaft fürs eigene Instrument, die mehr als 1.000 Bläserinnen und Bläser zwischen 8 und 80 Jahren in den 63 Posaunenchor der Landeskirche so sehr begeistert. „Alle Chöre sind Teil ihrer Kirchengemeinden und haben ihre eigene Leitung und Prägung“, verdeutlicht Pfarrer Jens Paret. Als Landesobmann repräsentiert er gemeinsam mit seiner Stellvertreterin, Pfarrerin Anne-Lisa Hein, das Posaunenwerk der Landeskirche nach außen. Demnach proben und musizieren „mehr als 50 Prozent der Chorleiterinnen und Chorleiter und natürlich alle Bläserinnen und Bläser ehrenamtlich in ihrer Freizeit“. Vor Corona gestalteten sie zusammen jährlich etwa 1.000 Gottesdienste oder Andachten und deutlich mehr weitere Veranstaltungen wie zum Beispiel Dorf-, Stadtteil- und Familienfeste sowie Weihnachtsmärkte.

Eine schöne Bilanz auch für Siegfried Markowis, der ohne den nun abgesagten Landesposaunentag im wohlverdienten Ruhestand weilen würde. Als Landesposaunenwart prägte er die Entwicklung seit Oktober 1992 entscheidend mit. Anders als seine Vorgänger, die mit einem Anteil ihrer Stelle an den Posaunenchor Wolfenbüttel gebunden waren, konnte sich Markowis zu 100 Pro-

zent auf die gesamte Landeskirche konzentrieren.

„Leider war das Ansehen des Posaunenwerks innerhalb der Landeskirche damals gering“, erinnert sich Markowis, der einst selbst über das Waldhorn zur Posaune gekommen ist. Posaunenchoristen hätten nur noch auf dem Papier bestanden oder seien stark überaltert gewesen. Also setzten der Landesposaunenwart und das Posaunenwerk gemäß dem Motto „Menschen einbinden, Vertrauen schaffen, Strukturen bilden“ wieder bei „den Basics“ an: Kontaktarbeit, Chor- und Anfängerschulungen, Fortbildungen und Freizeiten, Aufbau einer Leihnotenbibliothek und eines Leihinstrumentariums.

1993 trat eine neue Ordnung in Kraft, und der vier- bis sechsmal im Jahr tagende Posaunenrat wurde neu gewählt. 1994 fand der erste Landesposaunentag unter Markowis' Leitung statt. 1999 ging die eigene Internetpräsenz online.

Die Finanzierung der Arbeit des Posaunenwerks blieb im Zuge landeskirchlicher Sparrunden seit Mitte der 1990er Jahre schwierig. Markowis erkannte, dass es weiterer verlässlicher Finanzquellen bedurfte, um eine kontinuierliche Arbeit sicherzustellen. So kam es im Jahre 2000 zur Gründung eines eigenen Fördervereins und im Zuge der Anstellung eines Bildungsreferenten im Rahmen der Ausbildungsinitiative 2013 zur Gründung der Stiftung Posaunenwerk Braunschweig.

„Die Jugendarbeit bleibt das A und O für die Zukunft.“

Die halbe Stelle des Bildungsreferenten wurde mittlerweile für zehn Jahre über das Posaunenwerk, den Förderverein, sowie Partner und Sponsoren frei finanziert. Auch die Landeskirche hat sich mit Sachmitteln beteiligt. Neben der Vollzeitstelle des Landesposaunenwarts sorgt Stefanie Schlüter seit 18 Jahren mit einer halben Stelle in der Geschäftsstelle des Posaunenwerks für funktionierende Abläufe.

Stolz ist der Landesposaunenwart auf das niedrige Durchschnittsalter seiner Aktiven: „Die Jugendarbeit bleibt das A und O für die Zukunft“, ist sich Markowis sicher. Seit 2005 gibt es deshalb das Format „Junges Blech“, das von ihm und Ronald Schrötke betreut wird. Hierfür treffen sich bis zu 30 Jugendliche im Alter von 13 bis 19 Jahren zu einem Schulungswochenende, drei bis fünf großen Proben und etwa drei Konzerten. Mit Blick auf seinen Ruhestand freut sich Siegfried Markowis auf mehr



Foto: Klaus G. Köhn

Bläser-Probe in Pandemie-Zeiten: zur Not auch online und per Videokonferenz.

Zeit mit der Familie, inklusive den zwei Töchtern und vier Enkelkindern. „Ich war nie selbst Posaunenchorleiter, das könnte noch kommen.“ Und Unterrichten wäre denkbar, meint Markowis. Nur eins möchte er nicht: Seinem Nachfolger ungefragt Ratschläge geben, fügt er lachend hinzu.

Denn der künftige Landesposaunenwart steht bereits in den Startlöchern: Am 1. September 2021 wird Sebastian Harras die Leitung des Posaunenwerks Braunschweig übernehmen. Harras stammt aus Südbaden und hat als Achtjähriger im Posaunenchor seiner Heimatstadt angefangen. Bei Lehrgängen und Freizeiten innerhalb der badischen Posaunenarbeit hat er überregionale Erfahrungen gesammelt.

In Mannheim schloss Sebastian Harras das Studium für Schulmusik an Gymnasien, Hauptfach Posaune, erfolgreich ab. Außerdem besitzt er einen Bachelor of Music und einen Master of Music als Bassposaunist. Seit rund zwei Jahren arbeitet er beim Evangelischen Jugendwerk in Württemberg als Landesreferent für die Posaunenarbeit.

Der heute 33jährige schätzt „die engagierte Gemeinschaft in den Posaunenchören, ihre vielfältige soziale Struktur und die konzentrierte Art, mit der sich Posaunenchoristen um Musik vieler Epochen bemühen“. Einen wichtigen Termin für seine neue Aufgabe kann er auch schon dick in seinen Kalender eintragen: Der nächste Landesposaunentag ist vom 16. bis 18. Juni 2023 in Wolfenbüttel geplant. | Michael Siano



www.posaunenwerk-braunschweig.de

Mehr Kooperation wagen

Angesichts des Niedergangs der Volksparteien braucht die Politik eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, damit die Demokratie gelingt. Dazu ruft der ehemalige Bundesaußenminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel im Interview mit den „Evangelischen Perspektiven“ auf. Außerdem fordert er einen „sozialen Klimawandel“, der alle Menschen mitnimmt und den Wohlstand nicht gefährdet. Dafür müsse Deutschland weltweit ein Beispiel sein.



„Wir brauchen den Willen der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie“, sagt Sigmar Gabriel.

Evangelische Perspektiven: Unsere Demokratie ist in jüngster Zeit durch verschiedene Entwicklungen unter Druck geraten. Angesichts der Corona-Pandemie versuchen zum Beispiel Verschwörungstheoretiker das staatliche Handeln in Frage zu stellen. Wie ernst müssen wir das nehmen?

Sigmar Gabriel: Das muss uns Sorge bereiten. Der Trend ist die Folge einer immer komplizierter werdenden

Gesellschaft. Ein Teil derer, die sich diese Komplexität nicht mehr erklären können, sucht einfache Antworten: manche in fundamentalistischen Überzeugungen, andere in Verschwörungstheorien. Corona ist aber nicht ursächlich dafür, sondern lediglich der Brandbeschleuniger für etwas, was es schon vorher gegeben hat.

Haben Verschwörungstheorien auch etwas mit einer neuen Leidenschaft für rechtsextreme Vorstellungen zu tun?

Schon 1980, nach dem Attentat von Rechtsradikalen auf das Münchener Oktoberfest, hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt in der alten westdeutschen Bundesrepublik das Potenzial des Rechtsextremismus untersuchen lassen. Damals kam heraus, dass 13 Prozent der Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Rechtsradikale Parteien erhielten aber weniger als ein Prozent der Stimmen und gewählt hat diese Gruppe SPD, CDU und FDP. Auch die 13 Prozent hielten sich für Demokraten. Einerseits zeigt sich hier, dass es schon viel länger eine Basis für rechtsextremes Gedankengut gibt, andererseits es offenbar eines gesellschaftlichen Klimas bedarf, damit daraus auch offen rechtsradikales Wahlverhalten wird. Und leider ist diese Klima besonders in der Zeit der Aufnahme von rund einer Million Flüchtlingen entstanden. Wir haben

Sigmar Gabriel

Sigmar Gabriel (61) war bis 2018 Bundesaußenminister und Vizekanzler. Von 2005 bis 2019 war er Mitglied des Bundestages und von 2009 bis 2017 Bundesvorsitzender der SPD. Von 2013 bis 2017 hatte er das Amt des Bundeswirtschaftsministers und von 2005 bis 2009 des Bundesumweltministers inne. Von 1999 bis 2003 regierte er als Ministerpräsident in Niedersachsen. Als Publizist hat er mehrere Bücher veröffentlicht. Sein jüngstes Werk „Mehr Mut. Aufbruch in ein neues Jahrzehnt“ ist 2020 im Herder Verlag erschienen. Sigmar Gabriel lebt in Goslar.



Foto: Klaus G. Kohn

unsere größere Liberalität nach außen mit einer geringeren nach innen bezahlt.

Was aber, wenn rechtsextreme Gedanken zu Gewalttaten führen?

Ich habe mich in der Tat gefragt, warum es zum Beispiel angesichts der Aufdeckung der NSU-Morde kein breites, gesellschaftlich getragenes Gedenken gab wie Jahre zuvor bei den Brandanschlägen von Solingen und Mölln.

Welche Erklärung haben Sie?

Vermutlich war die Gesellschaft schon in einer anderen Richtung unterwegs. Die Tatsache, dass wir ein rechtsextremes Wählerpotenzial haben, ist – wie gesagt – nicht neu. Neu ist, dass ein gesellschaftliches Klima entstanden ist, in dem solche Vorstellungen salonfähig werden. Daran hat die AfD einen großen Anteil, aber auch die demokratischen Parteien.

Inwiefern?

Weil sie auf manche Fragen keine angemessenen Antworten gefunden haben. Zum Beispiel bei der großen Zuwanderungswelle 2015 und 2016. Damals hätten die demokratischen Parteien stärker deutlich machen müssen, dass niemand in unserem Land vergessen

wird. Denn natürlich gab es Angst um den Arbeitsplatz oder steigende Mieten. Es gab aber keine Idee von einer gemeinsamen Gesellschaft, bei der Möglichkeiten für alle geschaffen werden. Für die, die kommen, aber auch für die, die schon da sind.

Ist der Rechtsextremismus ein Reflex auf soziale Probleme?

Ich sage nicht, dass die richtigen Antworten der demokratischen Parteien auf die gesellschaftlichen Fragen den Rechtsextremismus eliminieren können, aber sie können dazu beitragen, dass er nicht Zulauf gewinnt. Es darf nicht dazu kommen, dass der Rechtsextremismus in Deutschland von der Latenz zur Tat schreitet.

Neben dem Rechtsextremis erleben wir eine neue Leidenschaft für das Autoritäre. Wie groß muss unsere Sorge davor sein?

Liberaler Demokratien werden weltweit herausgefordert durch eine autoritäre Versuchung. Die kommt in ganz unterschiedlichem Gewand daher. Da gibt es den Verweis auf China, das effizienter sei als das angeblich langsame bürokratische System der westlichen Demokratie. Oder Menschen verweisen auf Russland, wo ein „starker Mann“ das Land regiert. Und dann gibt es die Versuchung, Schuldige für das eigene Unglück zu finden, in der Regel bestimmte Minderheiten in der Gesellschaft.

Woran liegt das?

Viele Menschen in Europa kennen nur noch die liberalen Demokratien, in denen sie groß geworden sind. Es gibt einen Verlust an Wertschätzung für das Gemeinwohl und den demokratischen Konsens. Bis dahin, dass der Kompromiss heute ein Schimpfwort geworden ist, obwohl wir jeden Tag Kompromisse schließen müssen. Auch das macht mir Sorge. Denn am Ende des Tages brauchen wir den Willen der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie. Er ist die Voraussetzung für das Gemeinwohl.

Im Zuge der Verschwörungstheorien scheint auch der Antisemitismus wieder zuzunehmen. Dabei kämpfen wir doch seit Jahrzehnten dagegen an. Warum ist dieser Kampf so mühsam?

Unter anderem, weil die Ereignisse in Nahost immer wieder dazu missbraucht werden, um antisemitische Parolen freien Lauf zu lassen. Nicht selten wird berechtigte Kritik am Regierungsverhalten Israels als Deckmäntelchen für antisemitische Vorurteile benutzt. Man muss sich gegenüber der israelischen Politik kritisch äußern, insbesondere wenn es um den Umgang mit den Palästinensern geht. Umgekehrt darf man aber auch nicht schweigen, wenn die Hamas Raketen auf Israel schießt. Und israelische Fahnen vor Synagogen zu ver-



Foto: Klaus G. Kohn

„Die Demokratie braucht vor allem eine gemeinsame demokratische Öffentlichkeit.“

brennen, hat nichts mit Meinungsfreiheit oder demokratischem Protest zu tun, sondern ist offen antisemitisch und eine Straftat in diesem Land.

Welchen Einfluss darauf hat die Zuwanderung der letzten Jahre?

Der Antisemitismus, den wir auf Deutschlands Straßen sehen, ist nicht neu. Aber er wird verstärkt durch den gewachsenen Anteil der muslimischen Bevölkerung. Das muss man ganz offen sagen. In dieser Gruppe ist vielen der Antisemitismus mit der Muttermilch mitgegeben worden. Das erleben wir in den Schulen und Sportvereinen. Und wenn Sie junge Muslime nach der deutschen Geschichte fragen, hören Sie: Was geht uns eure Geschichte in Deutschland an? Wir haben doch niemanden in Auschwitz vergast.

Inwieweit brauchen Menschen, die hier leben, ein Verständnis für die besondere Verantwortung unseres Landes?

Auch wenn es für sie nicht ganz leicht zu verstehen ist, wir müssen ihnen sagen: Wenn du bei uns leben willst, musst du wissen, was das hier für ein Land ist. Deutschland ist kein beliebiges Land, sondern hat eine ganz bestimmte Geschichte, aus der eine besondere Verantwortung erwächst, die andere Staaten nicht glei-

chermaßen haben. Dazu gehört die uneingeschränkte Unterstützung des Existenzrechts Israels. Wer das nicht akzeptiert, für den sind wir das falsche Land. Das schließt nicht aus, sich für einen eigenständigen Staat der Palästinenser einzusetzen. Ganz im Gegenteil. Es schließt aber aus, israelische Fahnen zu verbrennen oder Synagogen oder Juden anzugreifen.

Eine Herausforderung für die Demokratie ist auch die Entgrenzung der öffentlichen Kommunikation in Folge der Digitalisierung und der sozialen Medien. Wie kann Politik angesichts dessen gelingen?

Für mich sind nicht Hassreden oder alternative Fakten das Grundproblem. Die Demokratie braucht vor allem eine gemeinsame demokratische Öffentlichkeit. Das heißt, dass ungefähr die gleiche Anzahl von Menschen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt ungefähr über die gleichen Themen redet. Dadurch entsteht eine politische Öffentlichkeit. Die sozialen Medien haben aber Instrumente, bei denen die Nutzer im Zweifel nur noch das zugespielt bekommen, was ihrem Interesse entspricht. Dadurch entstehen Echokammern. Das ist das Ende der demokratischen Öffentlichkeit.

Im September ist Bundestagswahl und wir sehen, dass die Volksparteien kaum noch große Teile des Volkes binden. Welche Auswirkungen hat das auf das Funktionieren unserer Demokratie?

Dass sich die Volksparteien verändern, ist der normale Lauf der Dinge. Wir sind heute eine sehr individualistische Gesellschaft mit viel mehr Möglichkeiten als wir es früher waren. Und das wollten wir doch auch. Wir wollten eine Gesellschaft, die weniger formiert ist. Das hat dazu geführt, dass sich auch das Parteiensystem verändert hat. Es wäre ja seltsam, wenn sich die ganze Gesellschaft ändert, nur im Parlament sieht es noch so aus wie in den 70er Jahren. Ich finde diese Veränderung ganz normal.

Veränderungen schaffen Verunsicherung. Was sagen Sie denen, die am liebsten wollen, dass alles bleibt wie es ist?

Nehmen wir das Beispiel SPD. Die SPD hatte früher unter den wahlberechtigten türkischstämmigen Bür-

gerinnen und Bürgern 80 bis 90 Prozent Zustimmung. Inzwischen wählt diese Gruppe alle politischen Parteien. Jetzt kann man jammern und klagen. Man kann aber auch sagen: Das ist ein tolles Zeichen für Integration. Die sind jetzt wie wir und wählen auch so. Es nützt nichts, dem Alten hinterher zu trauern, sondern es geht immer darum, das Neue zu gestalten.

War es früher leichter, einen Konsens zu erzielen?

Die Volksparteien konnten die in einer Gesellschaft existierenden Themen und Konflikte in sich selbst austragen und beispielhaft für die Gesellschaft Lösungen erarbeiten, um sie dann zur Wahl zu stellen. Das schaffen die Parteien heute nicht mehr. Der Spannungsbogen ist zu groß geworden. Sie repräsentieren nur noch einen schmalen Teil der Gesellschaft. Die Folge ist, dass wir außerhalb der Parteien einen gesellschaftlichen Konsens herstellen müssen, nämlich im Parlament. Das ist schwieriger, aber nicht das Ende der Demokratie. Für die Parteien ist das ein Problem, nicht für die Demokratie.

Bleibt Deutschland politisch stabil?

Deutschland darf nicht wackeln, sonst bebt Europa. Das Land ist die größte Volkswirtschaft Europas, die viertgrößte der Welt, mit den meisten Einwohnern in Europa. Ich sehe aber nicht, dass eine Drei- oder Vier-Parteien-Konstellation das nicht auch hinkriegen kann. Das ist ein Lernprozess, der vor vier Jahren gescheitert ist. Wenn wir ehrlich sind, war aber schon vor vier Jahren die Zeit reif für eine Drei-Parteien-Konstellation.

Wird es nach der Bundestagswahl diesmal dazu kommen?

Es könnte sein, dass noch einmal zwei Parteien alleine regieren können. Aber das Klagen der Volksparteien über den Verlust alter Größe ist schräg. Denn faktisch repräsentieren die Parteien ja sowieso nur eine relativ begrenzte Anzahl von Menschen in Deutschland. Deswegen ist für Hochmut kein Platz. Stattdessen gibt es eine Menge Gründe dafür zu überlegen, wie man durch Kooperation politisches Allgemeinwohl mehrheitsfähig macht.

Wie groß ist die politische Stabilität im Braunschweiger Land?

Vermutlich wird die Region Braunschweig bei der Bundestagswahl noch relativ traditionell wählen. Das hat etwas damit zu tun, die Braunschweiger mögen mir das verzeihen, dass es bei uns keine richtige Großstadt gibt. Wir sind noch sehr überschaubar strukturiert. Diejenigen, die Parteien vor Ort vertreten, sind bei der Wahlbevölkerung oft noch relativ bekannt. Das ist in Großstädten völlig anders. Die persönlichen Bindungen bei

uns führen dazu, dass sich der Veränderungsprozess langsamer vollzieht.

Neben Gefährdungen unserer Demokratie erleben wir auch Aufbrüche. Denken wir an die Klimaschutzbewegung. Welche Bedeutung messen Sie dieser Entwicklung bei?

Solche Bewegungen waren immer Treiber gesellschaftlicher Entwicklungen. Schon früher sind gesellschaftliche Entwicklungen außerhalb des Staates und der Parteien organisiert worden. Fast alle sozialen Errungenschaften dieses Landes sind zum Beispiel durch die Gewerkschaften erzielt worden. Und zwar in der Regel gegen die Politik. Die Politik hat die gewerkschaftlichen Erfolge nachvollzogen und in Gesetze gegossen.

Hat eine Bewegung wie „Fridays for Future“ ausreichend die Folgen ihrer Forderungen im Blick?

Die Herausforderung im Kampf gegen den Klimawandel ist es, die Transformation zur Klimaneutralität zu schaffen, ohne dabei Menschen auf der Strecke zurückzulassen und Wohlstand und Wirtschaft nachhaltig zu beschädigen. Der Beitrag Deutschlands zum internationalen Klimaschutz besteht nicht vorrangig darin, Treibhausgase zu vermeiden – wir sind weltweit gesehen ein relativ kleiner Emittent –, sondern der Beitrag Deutschlands und Europas besteht vor allem darin zu zeigen, dass Klimaschutz und gesellschaftlicher Wohlstand Hand in Hand gehen können.



Foto: Klaus G. Kohn

Und wenn uns das nicht gelingt?

Sobald der Eindruck entsteht, der wirtschaftliche Erfolg eines Landes werde durch engagierten Klimaschutz nachhaltig beschädigt, verlieren wir die Schwellen- und Entwicklungsländer. Deswegen ist das Beispiel Deutschlands und Europas so wichtig. Denn wenn eine reiche Region der Welt den Klimaschutz nicht auf die Beine gestellt bekommt, werden die ärmeren nicht mitmachen.

In wie weit muss der Staat hier helfen?

Klimaschutz zu fordern und die wirtschaftliche Entwicklung zu ignorieren, ist einfach. Wirtschaftswachstum zu fordern und den Klimaschutz zu ignorieren, ist auch einfach. Die Frage ist: Wie bringen wir beides zusammen? Eine grüne Stahlindustrie zum Beispiel wird es aus sich heraus nicht geben. Es wird Milliarden-Investitionen des Staates erfordern, sonst produziert etwa die Salzgitter AG Stahl, den sie nirgendwo verkaufen kann, weil andere billiger sind.

Wie berechtigt ist die Sorge, dass der Klimaschutz zusätzliche Kosten für die Verbraucher zur Folge hat?

Wir werden den Klimaschutz nicht voranbringen ohne eine deutliche Erhöhung der CO₂-Preise. Das heißt aber, dass zum Beispiel das Heizen von Wohnungen teurer werden wird. Wie also kriegen wir eine soziale Klimawende hin? Das ist die entscheidende Frage. Und die ist völlig unbeantwortet. Wir brauchen aber eine Antwort darauf. Denn wenn wir sie nicht beantworten, werden wir Menschen auf der Strecke verlieren, insbesondere an rechtsextreme Kräfte.

Blicken wir nach Europa, erleben wir, dass die EU häufig kein leuchtendes Beispiel der Demokratie ist. Stattdessen sehen wir mangelnde Einigkeit. Was erwarten Sie von Europa?

Wir sind Zeitzeugen einer tektonischen Plattenverschiebung in der Weltpolitik. 600 Jahre der Europazentriertheit sind endgültig zu Ende. Seit der Entdeckung des Seewegs nach Amerika war Europa das Gravitationszentrum der Welt. Von hier gingen im Guten wie im Schlechten fast alle Entwicklungen der Welt aus. Das ist vorbei. Die Wirtschaftsachsen, die politischen Achsen, auch die Machtachsen haben sich in den Indopazifik verschoben. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Asien, mehr als die Hälfte des Sozialprodukts wird dort hergestellt. Das alles relativiert die Bedeutung Europas, nicht zuletzt, weil die USA in den kommenden Jahren weniger europäisch und mehr pazifisch denken werden.

Wie muss sich Europa auf diese Veränderungen einstellen?

Wenn Europa überhaupt eine Chance haben will, in dieser Welt wahrgenommen zu werden, dann nur, wenn es stärker als bisher gelingt, gemeinsam zu agieren. Darin sind wir allerdings nicht besonders gut, weil wir das kaum mussten. Europa ist ja geradezu gegründet worden, um sich aus der Welt herauszuhalten. Die Idee war, dass sich die Europäer nach zwei Weltkriegen um sich selbst kümmern. Für den Rest hatten wir die Franzosen und Briten und vor allem die Amerikaner. „America in, Russians out, Germans down“ – das war das Motto Europas nach 1945. Wir mussten uns nicht um die Welt kümmern, sondern nur um uns selber.

Und nun?

Es wird uns viel Kraft kosten, eine gemeinsame Sichtweise auf die Welt zu entwickeln. Deswegen finde ich den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten gut, einen europäischen Sicherheitsrat zu bilden, in dem auch die Briten Mitglied sind, obwohl sie nicht mehr der EU angehören.

Welche Auswirkungen wird die Corona-Pandemie auf Europa haben?

Die Gefahr ist, dass die Differenz in Europa zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden größer wird. Die vor der Krise stark waren, werden stärker und die, die vor der Krise schwach waren, werden noch schwächer. Viele sagen, Deutschland sei der Zahlmeister der EU, der mehr gibt als er kriegt. Das ist völliger Unsinn, weil ein Großteil unseres Wohlstands dem Export zu verdanken ist. Wir exportieren im wesentlichen nicht nach China und in die USA, sondern nach Europa. Geht es Europa schlecht, gibt es bei uns Arbeitslosigkeit.

Was heißt das für die Politik?

Dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, dass ein Teil unseres Wohlstands im Norden dazu genutzt werden muss, den Süden Europas vor dem Absturz zu bewahren. Wenn wir den Schwächeren in Europa nicht helfen, suchen sie sich andere, die ihnen helfen. Dann wächst die autoritäre Versuchung. Vor allem aber steigt das Risiko, dass sich Europa weiter aufspaltet und zum Spielball ausländischer Mächte wird.

Hat Europa Amerika als Ordnungsmacht verloren?

Was wir erleben, ist, dass es keine internationale Ordnungsmacht mehr gibt: Ein belarussischer Staatspräsident zwingt ein internationales Luftfahrzeug zur Landung, um jemanden zu verhaften und erfindet dafür eine abenteuerliche Geschichte. Ein drastischeres Beispiel dafür, dass wir in einer Welt leben, die aus den Fugen gerät, kann man kaum finden. Und nur ein einiges Europa wird das überleben. | mic

„Wie kann Popmusik das kirchliche Leben inspirieren?“

Eine Antwort von Karsten Ruß, Populärmusiker im Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit der Landeskirche Braunschweig



Foto: Privat/Mega Foto

Popmusik bewegt die Seele wie alle anderen Musikstile der letzten Jahrhunderte. Jüngere Musiktrends werden die Kirche nicht neu erfinden. Entscheidend sind die eigene Vita und prägende Hörgewohnheiten. Dem Autor selber verhalfen pietistisch geprägte Erweckungslieder ebenso wie anspruchsvolle klassische Werke zu inspirierenden Momenten.

Als Kind dieser Zeit drängt die Popmusik seit mehreren Jahrzehnten in unsere Kirchen. Musik hören ist eine der wichtigsten Beschäftigung für Jugendliche, und die unterschiedlichen Angebote stehen in allen digitalen Formaten ganz weit vorne und sind erreichbar. Offenbar ist die Popmusik auch ein Sehnsuchtsort.

Sie hat Elemente, die im gesellschaftlichen Musik-Erleben „erfolgreich“ sind und orientiert sich an bestimmten Strukturelementen: Vers, Prechorus, Chorus, Bridge. Dadurch entfalten viele neue Lieder eine große emotionale Dynamik: Steigerungen, Höhepunkte, Wendungen, Ruhezeiten.

Popmusik will in erster Linie zum Mitsingen und Mitgrooven einladen. Eingängige Melodiestrukturen können schnell memoriert werden und sind ohne große Notenkenntnisse erlernbar. Sie werden dabei häufig über das Nachsingen aufgenommen. Einen Chartsong eignen sich Menschen heutzutage unterwegs an. Popmusik ist von vielen Musikstilen beeinflusst, zitiert Jazz, Tango, Latin-Elemente sowie durchaus auch Klassik und verbindet uns mit verschiedenen Lebens- und Glaubenserfahrungen. Sie inspiriert zu Vielfalt.

Aufgrund ihres anderen formalen Aufbaus und ihrer eigenen Präsentation kann sie zu einer „ungewohnten“ Spiritualität führen: zu mehr Expressivität, Gefühl und freiem Gebet, vielleicht zu einer anderen Glaubenspraxis. Musik oder Singen wird auch hier Ausdruck der Gottesbegegnung und Wahrnehmung. Popmusik wagt den Crossover und kann uns begeistern.

Kontakt

karsten.russ@lk-bs.de

Durch Erinnern Zukunft gewinnen

In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel erinnert eine Gedenkstätte an den Umgang mit Straftätern in der Zeit des Nationalsozialismus. 500 Männer und Frauen wurden hier zwischen 1937 und 1945 hingerichtet. Ein neues Dokumentationszentrum ermöglicht eine eindrückliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Durch ein Schiebetor in der historischen Gefängnismauer tritt der Besucher in den Innenhof der Justizvollzugsanstalt (JVA) Wolfenbüttel und gelangt zum neu erbauten Dokumentationszentrums der Gedenkstätte. Das Gebäude, ein moderner, sehr groß anmutender Kubus aus Stahlbeton, steht am Rande der Gefängnisanlage. Die Innenfassade dieses modernen Denkmals dient als Sicherheitsgrenze der JVA und ist wie die Anstaltsmauer gesichert.

Martina Staats leitet die Gedenkstätte. Wer ihr folgt, erfährt viel über die Geschichte der JVA im Nationalsozialismus, der Hinrichtungsstätte und der Gedenkstätte, die sich heute in den historischen Ort (Hinrichtungsstätte) und das Dokumentationszentrum gliedert. Um die inhaltliche Beziehung zwischen Hinrichtungsstätte und Neubau herzustellen, gibt es im Ausstellungsbereich als einzige Öffnung ein großes Fenster, durch welches sich der Blick auf den ehemaligen Hinrichtungsort fokussiert. Dank großer Bemühungen von Überlebenden ehemaliger Widerstandskämpfer und



Foto: Helge Krueckeberg

Wer Martina Staats folgt, erfährt viel über die Geschichte der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel im Nationalsozialismus. Über 500 Männer und Frauen wurden hier hingerichtet.

durch lokales bürgerschaftliches Engagement konnte 1990 eine erste Gedenkstätte in der ehemaligen Hinrichtungsstätte für die Opfer der NS-Justiz eingerichtet und eröffnet werden. Seit 2004 ist die „Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“ Trägerin und hat mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen und des Bundes diesen Erin-

Foto: Jesco Denzel



Gedenkstätte in der ehemaligen Hinrichtungsstätte für die Opfer der NS-Justiz in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel.

nerungsort erneuert und 2019 mit dem Dokumentationszentrum einen Ort des Gedenkens und des Lernens geschaffen.

Im Foyer des Dokumentationszentrums begibt sich der Besucher auf eine Zeitreise ins Jahr 1933, die wie ein Zeitstrahl auf Boden und Wänden dokumentiert wird. Im ersten Stock beginnt die multimediale Dauerausstellung „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“. Den Schwerpunkt dieser Ausstellung bildet der Bereich zum Strafgefängnis Wolfen-

büttel, was das erste Exponat der Ausstellung verdeutlicht.

Ein historisches Modell des Strafgefängnisses zeigt Hafthäuser und Arrestzellen sowie die ehemalige Hinrichtungsstätte, in der zwischen 1937 und 1945 über 500 Männer und Frauen durch die Guillotine oder den Strang hingerichtet wurden. Zahlreiche Gefangene



Foto: Klaus G. Kohn



Foto: Jesco Denzel



Foto: Stefan Spitzner

waren Widerständler aus besetzten Gebieten Europas, wie Frankreich, Belgien oder Norwegen.

Die Ausstellung zeigt anhand von hunderten Dokumenten, Fotos und Erinnerungsstücken sowie vielen Multimedia-Stationen Einzelschicksale, die nur mit Hilfe Überlebender und ihrer Nachfahren dokumentiert und aufbereitet werden konnten. Dazu gehört der Norweger Wilfred Jensenius, der seine Erinnerungen an die Haftzeit in zahlreichen Zeichnungen festgehalten hat, sowie der Franzose Jean-Luc Bellanger und der belgische Medizinstudent André Charon, die beide nach der Befreiung des Gefängnisses in der Haftanstalt blieben, um bei der Versorgung der Gefangenen zu helfen.

Obwohl nur Männer in der Haftanstalt in Wolfenbüttel untergebracht waren, wurden dort auch Frauen zum Tode verurteilt. Erna Gertrude Wazinski wurde wegen Diebstahls von Gegenständen aus bombengeschädigten Häusern im November 1944 hingerichtet. Sie schrieb einen Abschiedsbrief, so wie die meisten der Verurteilten Abschiedsbriefe an ihre Familien schrieben. Verblieben diese Briefe nach der Hinrichtung in der Personalakte, erfuhren Angehörige nicht oder erst sehr viel später von deren Tod. Über 6.000 Personalakten von Gefangenen existieren noch. Martina Staats geht allen Suchanfragen nach und schickt die Abschiedsbriefe an die Angehörigen.

Erinnerungsstücke geben Einblicke in das Leben betroffener Familien der zweiten und dritten Generation.

Ein weiterer Bereich der Ausstellung beschäftigt sich mit dem Thema Kontinuitäten und Brüche in der frühen Bundesrepublik Deutschland. 1935 verschärfte die Nationalsozialisten den Paragraphen 175 StGB, der homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte. Dieser Paragraph wurde erst 1994 vollends abgeschafft. Verurteilte Männer litten unter Einzelhaft und Kriminalisierung. In einer Videobotschaft beschreibt Heinz Schmitz sehr anschaulich seine damalige Verhaftung auf Grund seiner Homosexualität.

Im letzten Teil der Ausstellung wird deutlich, welche Auswirkungen Verfolgung und Haft für Angehörige der in Wolfenbüttel inhaftierten und hingerichteten Gefangenen hatten und bis heute haben. Hörbeispiele und Erinnerungsstücke geben persönliche

Einblicke in das Leben betroffener Familien der zweiten und dritten Generation. Hilmar Zänkert, Enkel des 1943 in Wolfenbüttel verurteilten und gehängten Friedrich Zänkert, erforscht das Leben seines Großvaters. Seine „Bibliothek der Erinnerung“, wie er es nennt, lassen den Besucher spüren, wie wichtig die Aufarbeitung der Verbrechen für die nachfolgenden Generationen ist.

Die Gedenkstätte ist auch ein außerschulischer Lernort.

Die Gedenkstätte ist nicht nur ein wichtiger Erinnerungsort, sondern auch ein Ort der Information. Die Bildungs- und Vermittlungsarbeit soll zum Forschen und Hinterfragen anregen. Ein Multifunktionsraum im Erdgeschoss sowie der multimediale Aufbau der Ausstellung ermöglichen Schulklassen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, die Inhalte individuell zu erarbeiten. Ein breites Angebot an Themen und Methoden sind für verschiedene Niveau- sowie Altersstufen konzipiert und werden handlungsorientiert, multiperspektivisch und mit größtmöglicher Methodenvielfalt vermittelt.

Ebenso ist die ehemalige Hinrichtungsstätte heute Gedenkort und Großexponat mit der Ausstellung historischer Haftzellen und einer interaktiven, multimedialen Lernumgebung. Seit Dezember 2020 berichtet die Gedenkstätte auch in den sozialen Medien. In einer Videoreihe auf YouTube, Instagram und Facebook mit dem Titel „ObjektGESCHICHTEN“ werden ausgewählte Objekte aus der Dauerausstellung vorgestellt und die Geschichten dahinter erzählt. Getreu dem Motto: Erinnern ist Zukunft.

| Friederike von Pfeil



<https://wolfenbuettel.stiftung-ng.de>

Jugendlichen Orientierung geben

Pfarrer Edgar Austen war zwanzig Jahre lang als Religionslehrer an einer Berufsbildenden Schule tätig. Wie geht das mit Schülerinnen und Schülern, die den christlichen Glauben zu Hause kaum erleben?



Foto: Klaus G. Köhn

Wenn Edgar Austen über seine Tätigkeit als Schulpfarrer an der Braunschweiger Heinrich-Büssing-Schule spricht, dann ist schnell klar, dass es dabei um weit mehr geht als um die Vermittlung religiösen Wissens. Austen ist Pädagoge, Seelsorger, Mediator, Netzwerker und – ganz wichtig – Organisator von Freizeiten, Fahrten, Ausstellungen und Veranstaltungen.

Noch. Denn mit Ende des Schuljahres beendet der 65-Jährige nach 20 Jahren seine Tätigkeit an der Berufsbildenden Schule Technik, in der in fünf Schulformen eine Ausbildung in den Bereichen Elektro-, Fahrzeug-, Informations- und Metalltechnik angeboten wird. „Die besondere Herausforderung ist, den Religionsunterricht aktuell zu machen mit Inhalten, die die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen betreffen“, sagt Austen.

Es gelte, von Erfahrungen der Schüler ausgehend, den christlichen Glauben lebendig zu machen. Denn eine religiöse Sozialisation hätten die wenigsten. „Das heißt aber nicht, dass es keine Fragen gibt“, ergänzt Austens Nachfolger Pfarrer Dirk Hoffmann, der derzeit bereits einige Stunden Religion an der Schule erteilt.

„Wozu bin ich da? Was kann ich gestalten? Wo finde ich Halt im Leben?“ Vor allem in der Berufseingangsschule sei es wichtig, den Schülerinnen und Schülern Orientierung und Strukturen zu geben. Und sie müssten wissen, dass es Menschen gibt, die auf der zugewandten Seite stehen und Zeit für sie haben.

2500 junge Menschen im Alter von 16 bis 40 Jahren besuchen die Heinrich-Büssing-Schule, 90 Prozent sind Jungen. Das Bildungsangebot ist breit gefächert, umfasst fünf Schulformen und reicht von der „Berufseinstiegschule“, für Jugendliche, die ihre Schulpflicht noch nicht erfüllt haben, bis zum beruflichen Gymnasium mit dem Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife.

Der Religionsunterricht wird derzeit konfessionsübergreifend erteilt. Weil Lehrkräfte fehlen, kann allerdings nicht allen 2500 Schülerinnen und Schülern ein derartiges Angebot gemacht werden. „Aber wenn das Fach auf dem Stundenplan steht, laden wir alle ein teilzunehmen, auch die Zeugen Jehovas oder Muslime“, sagt Austen. Die meisten kommen – obwohl sie sich vom Unterricht befreien lassen könnten.

Ein Grund dafür ist nach Einschätzung Hoffmanns die große Offenheit, die die Jugendlichen mitbringen. Ein weiterer Aspekt, so Austen, sei die Rückendeckung, die die Schulleitung den Schulpfarrern gewähre und die motivierende Einstellung der Klassenlehrer.

Schulleiter Jörg Gerling weiß, wie wichtig Religionsunterricht für die Persönlichkeitsbildung und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen sein kann. Beispielsweise



Foto: Klaus G. Kohn

Als Pfarrer in der Schule: Edgar Austen im Gespräch mit seinem Nachfolger Dirk Hoffmann.

könne Flüchtlingen, die noch auf einen Ausbildungsplatz warten, gezeigt werden, wie die Menschen hier zusammenleben und welchen Werte-Kanon es gibt.

Das Fach ermöglicht den Jugendlichen einen Blick über den Tellerrand der eigenen Ausbildung hinaus. Zur Sprache kommen existenzielle Fragen, wie Krankheit und Flucht, es geht um konkrete Konflikte oder um persönliche Probleme, etwa am Arbeitsplatz, um Grenzerfahrungen wie Tod und Trauer. „Wir sind dankbar, wenn jemand diese Themen aufgreift und wir Schüler und Lehrer in guten Händen wissen“, würdigt Gerling das Engagement der beiden Schulpfarrer.

Dabei war Austens Start an der Berufsschule nicht einfach. „Anfangs war ich ein Exot unter den 100 Kolleginnen und Kollegen“, erinnert sich Austen. „Doch jetzt gehöre ich dazu.“ Wichtig für diese Akzeptanz war ein breites Engagement und, so schmuzzelt der Pfarrer, „dass wir nicht so kirchlich daherkommen.“

Austen bereitete beispielsweise die alljährliche Aidswoche vor, organisierte Ausstellungen und Projekte, bot regelmäßig Fahrten zu den Kirchentagen an, hielt Kontakt zur Jugendkirche Braunschweig, zu jüdischen und muslimischen Gemeinden.

Von besonderer Bedeutung war für Austen die Anerkennung als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. So bot er beispielsweise regelmäßige Fahrten zu den polnischen Gedenkstätten Majdanek und Auschwitz an. „Dabei haben wir immer darauf geachtet, dass die Erfahrungen in Bezug stehen zu Erlebnissen in Schule und Gesellschaft“, betont Austen.



Foto: Klaus G. Kohn

Schulleiter Jörg Gerling.

Nachfolger Hoffmann, der nach den Sommerferien ausschließlich an der Heinrich-Büssing-Schule tätig sein wird, freut sich auf die Herausforderung: „Das Reizvolle sind die Breite der Aufgaben, die Begegnungen und die Nähe zu den Menschen.“ Und wenn er die nächste Fahrt zur Gedenkstätte Majdanek organisiert, kann er auf die Unterstützung seines pensionierten Kollegen Austen zählen.

| Rosemarie Garbe

Digital und online



Foto: ajab

Gut gelaunt im Video-Meeting: Digitale Treffen mussten in Corona-Zeiten die persönliche Begegnung ersetzen.

Seit Beginn der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen entwickelt der Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit der Landeskirche digitale Konzepte und Strategien. Ziel ist es, die Jugendlichen auch ohne persönliche Treffen zu erreichen.

Wenn Christina Bosse die monatlichen Jugendgottesdienste vorbereitet, geht sie nicht wie üblich in die Kirche, um Stühle zu stellen, Accessoires bereitzulegen und den Altar zu schmücken, sondern prüft stattdessen die Steckverbindung ihres Headsets und schaltet die Webcam ein. Seit über einem Jahr findet der Jugendgottesdienst nun online statt. Viele gewohnte Rituale mussten zurückgelassen werden, jedoch haben sich auch digital schnell neue Rituale entwickelt, wie zum Beispiel das gemeinsame Anzünden einer Kerze.

Nicht nur der Jugendgottesdienst wird online gefeiert, auch der Konfirmandenunterricht findet digital statt. Christina Bosse, die jeweils eine halbe Stelle im Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit und im Arbeitsbereich „Kirche mit Kindern“ hat, gibt ihre Erfahrungen, die sie durch ihre Online-Veranstaltungen sammelt, gerne an ihre Kolleginnen und Kollegen weiter. Seit Beginn dieses

Jahres bietet sie daher Schulungen für Diakoninnen und Diakone, Pfarrerinnen und Pfarrer an – natürlich ebenfalls digital.

Der Bedarf ist groß, aber auch die Bereitschaft, Neues kennenzulernen und auszuprobieren. In Kleingruppen erklärt sie verschiedene digitale Instrumente und deren didaktische Einsatzmöglichkeiten. Was bei ihrem Online-Konfirmandenunterricht gut funktioniert hat, stellt Christina Bosse ihren Kolleginnen und Kollegen ebenfalls gerne zum Download zur Verfügung. Denn momentan sei die Vorbereitung des Konfirmandenunterrichts zwar mehr Arbeit, da die digitalen Instrumente und Methoden noch ungewohnt seien, doch mit der Zeit werde sich auch hier eine Routine einstellen.

„Wir dürfen auf keinen Fall wieder zum Frontalunterricht zurückkehren, nur, weil es vermeintlich einfacher ist“, warnt sie. Doch neben der Theorie, die sich online gut vermitteln lasse, dürfe auch das Praktische nicht fehlen: Diese Aufgaben bringt Christina Bosse als „Konfi@home“-Tüten zu den Jugendlichen nach Hause.

Auch der Arbeitsalltag von Gottfried Labuhn, Geschäftsführer des Arbeitsbereichs Kinder- und Jugendarbeit, hat sich verändert. Gremien und Arbeitskreise finden digital statt, auch Vorstandsarbeit mit Wahlen auf Bundesebene habe es bereits online gegeben und sogar internationale Gottesdienste mit der Partnergemeinde in Namibia via Video-Anruf. Die Umstände der Corona-Pandemie hätten persönliche Begegnungen erschwert, in anderen Bereichen sei aber auch eine neue Nähe entstanden, beobachtet Labuhn. Habe es bisher vier Treffen der Hauptberuflichen im Jahr gegeben, „sehe“ man sich jetzt monatlich.

„Das Entscheidende bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist, dass wir direkt an ihrer Lebenswelt sind.“

Der Bedarf an Austausch sei groß. Aber natürlich müsse zum Beispiel eine digitale Sitzung der Jugendkammer mit dem Bischof anders vorbereitet und gedacht werden als bisher: mit spielerischen Elementen, virtuellen Pausenräumen und vor allem zeitlich begrenzt, da die Aufmerksamkeitsspanne vor dem Bildschirm eine andere sei – ein Lernprozess für alle Beteiligten.



Foto: ajab

Im digitalen Austausch mit dem Landesbischof.

Die neuen Methoden, die sie sich angeeignet hat, sind für Christina Bosse nicht nur eine Notlösung. „Das Entscheidende bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist, dass wir dicht an ihrer Lebenswelt sind – und diese Welt ist durch Smartphones, Computer und Internet in vielen Bereichen digital.“ Die Umstände der Corona-Pandemie hätten dafür gesorgt, dass die Kirche einen großen Schritt auf die Jugendlichen zugemacht habe. Sie sei präsent wie nie auf Facebook und Instagram, es werde getwittert und gestreamt: Die Pandemie habe einen Digitalisierungsschub hervorgerufen.

So positiv die Erfahrungen der letzten Monate auch waren, Christina Bosse und Gottfried Labuhn sind sich einig, dass die Arbeit mit Kindern und Kindergottesdienste digital nur eingeschränkt funktionieren: „Kinder werden vor allem durch persönliche Nähe und Atmo-



Foto: ajab

Kommunikation trotz Pandemie und Abstandsgeboten. Die Videokonferenz macht es möglich.

sphäre erreicht. Das kann ein digitales Angebot nicht vermitteln.“ Und die fehle auch den Konfirmandinnen und Konfirmanden. Denn auch wenn es viele Möglichkeiten gebe, die fachlichen Inhalte zu vermitteln, das Gemeinschaftserleben könne durch ein digitales Angebot nicht ersetzt werden.

Wie könnte es in der Zeit nach der Pandemie also weitergehen? „Prüfet aber alles, und das Gute behaltet“, nach diesem Pauluswort wollen auch Christina Bosse und Gottfried Labuhn handeln. Beide

sind sich sicher, dass sich zukünftig Mischformen entwickeln werden: „Corona hat uns den Anstoß gegeben, uns intensiver mit digitalen Formaten auseinanderzusetzen. Davon können wir profitieren und analoge Formate mit digitalen Angeboten ergänzen.“

| Meike Buck

 www.ajab.de



Foto: ajab

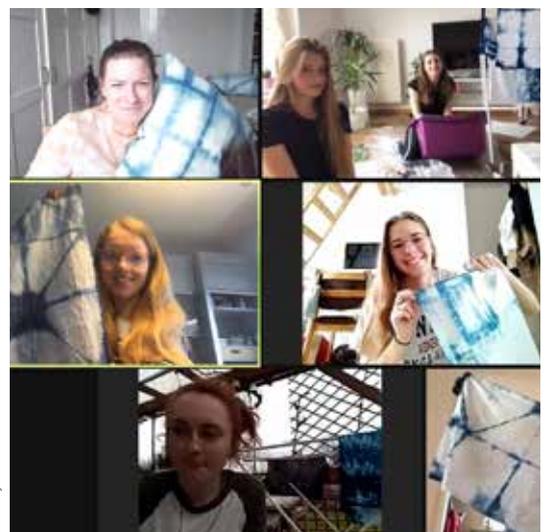


Foto: ajab

Spirituelle Wanderer

Bob Dylan hat in seinen Songtexten auch die Bibel verarbeitet. Am 24. Mai ist er 80 Jahre alt geworden. Neue Bücher befassen sich mit seinem Werk.

Normalerweise hätte er wohl auch in diesem Jahr seinen Geburtstag auf irgendeiner Konzertbühne verbracht. Er habe mehr als genug Songs geschrieben, „um bis in alle Ewigkeit spielen zu können“, ließ Bob Dylan bereits vor einigen Jahren wissen. Am 24. Mai wurde der Sänger und Songschreiber 80 Jahre alt.

„Es gibt für mich keine ausdrucksstärkeren, mächtigeren Songtexte als die von Bob Dylan“, erklärt die Folksängerin Joan Baez, die in den 60er Jahren auch seine Partnerin war, in dem aktuellen Interviewband „Forever Young - Unsere Geschichte mit Bob Dylan“. Das Musikmagazin „Rolling Stone“ kürte Dylans sechsminütiges „Like A Rolling Stone“ unter 500 Stücken zum „Größten Song aller Zeiten“. Für seine „poetischen Neuschöpfungen in der großen amerikanischen Songtradition“ erhielt Bob Dylan im Jahr 2016 als erster Musiker den Nobelpreis für Literatur.

Dylan selbst äußert sich über seine Songs in der Regel unwirsch: „Das letzte, an was ich beim Songschreiben dachte, ist, wer was darüber denken könnte“, sagte er 2015 bei einer Charity-Veranstaltung der Grammy-Verleihung. „Ich schrieb die Songs einfach.“

„Dylan (...) hat sich in sechs Jahrzehnten fortwährend gewandelt, und er ist sich und seiner Kunst gerade damit immer treu geblieben“, sagt der Göttinger Literaturwissenschaftler und Dylan-Experte Heinrich Detering. Dylan sei sowohl in musikalischer als auch in inhaltlicher Hinsicht einmalig, sagt der Verleger Georg Stein, dessen Palmyra-Verlag bislang fünf Dylan-Bücher veröffentlicht hat. Er habe zudem immer wieder klargemacht, dass er nicht irgendjemandes Gallionsfigur sei.

Dylan ist ein spiritueller Wanderer, der angesichts einer aus den Fugen geratenen Welt („World Gone Wrong“) rastlos auf der Suche nach Erlösung ist. „Trying to get to Heaven before They close the Door“ - auf Deutsch etwa: Versuchen, in den Himmel kommen, bevor die Tür zugemacht wird - heißt ein Dylan-Song.

Dylan nutzte neben den Werken von Dichtern und Dramatikern wie Rimbaud, Bertolt Brecht oder Beat-Autor Jack Kerouac immer wieder auch die Bibel und die Thora kreativ als Steinbruch. „Religion ist in Dylans Werk so allgegenwärtig wie im American Songbook“, erklärt Detering. Er hat zum 80. Geburtstag einen Band mit einer Auswahl von Dylan-Interviews aus 60 Jahren veröffentlicht. In der Zeit seiner christlichen Bekehrung habe Dylan die Evangelien neu entdeckt und sich von dort aus neu seiner jüdischen Herkunft zugewendet.

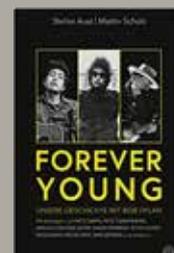
Bob Dylan wurde 1941 im US-Bundesstaat Minnesota in eine Familie deutsch-ukrainischer Einwanderer jüdischen Glaubens geboren. Neben seinem Geburtsnamen Robert Allen Zimmerman erhielt er auch den hebräischen Namen „Shabtai Zisel ben Avraham“.

Nach mehreren Alben mit Sinatra-Songs hat er zuletzt mit „Rough and Rowdy Ways“ wieder ein Album vorgelegt, das Kritiker regelrecht begeistert. Hier würden „seine großen Themen noch einmal zusammenführt, in einer zugleich großen und leichten Abschiedsgeste“, sagt Heinrich Detering.

| Holger Spierig (epd)



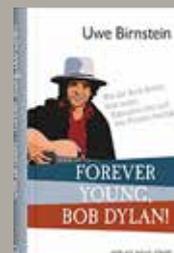
Heinrich Detering (Hrsg): Bob Dylan - Ich bin nur ich selbst, wer immer das ist: Gespräche aus sechzig Jahren, Kampa, Zürich 2021, 24 Euro.



Stefan Aust/Martin Scholz: Forever Young - Unsere Geschichte mit Bob Dylan, Hoffmann und Kampe, Hamburg 2021, 22 Euro.



Wolfgang Niedecken: Wolfgang Niedecken über Bob Dylan, KiWi-Taschenbuch, Köln 2021, 14 Euro.



Uwe Birnstein: Forever Young, Bob Dylan! Wie der Rock-Rebell Gott sucht, Eigensinn lebt und den Frieden besingt, Neue Stadt, München 2021, 20 Euro.

Lemke wird Kirchenamtspräsident



Foto: Agentur Hübner

Oberlandeskirchenrat Dr. Jan Lemke (53) wird neuer Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) in Erfurt. Er ist am 16. April von der Landessynode der EKM im dritten Wahlgang mit 75 Stimmen gewählt worden. Lemke scheidet zum 31. August aus dem Dienst der Landeskirche Braunschweig aus.

Er war 2019 von der braunschweigischen Landessynode als Oberlandeskirchenrat gewählt worden und hatte seinen Dienst in Wolfenbüttel im Januar 2020 angetreten. Als Oberlandeskirchenrat ist er Mitglied des Kollegiums des Landeskirchenamtes, das neben der Landessynode, der Kirchenregierung und dem Landesbischof eines der vier Leitungsorgane der Landeskirche Braunschweig darstellt. Vor seinem Dienstbeginn in Wolfenbüttel war Lemke seit 1995 Richter für Zivil- und Strafsachen am Landgericht Magdeburg. Er wirkte unter anderem in der Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) sowie deren Verfassungskommission mit.

Ulrike Block-von Schwartz



Foto: Florian Kleinschmidt

Die erste hauptberufliche Frauenbeauftragte der Landeskirche, Ulrike Block-von Schwartz, ist im Alter von 82 Jahren in Braunschweig gestorben. Als Frauenbeauftragte wirkte sie von 1992 bis 1999 und setzte in ihrer Zeit zahlreiche Impulse, die in der Landeskirche die Gleichstellung von Frauen und Männern nachhaltig gefördert haben.

So geht unter anderem auf ihre Initiative das Gemeinschaftsförderungsgesetz zurück, das die Landessynode 1995 beschlossen hat. Ulrike Block-von Schwartz engagierte sich auf vielfältige Weise dafür, dass die Beteiligung von Frauen in den Leitungsorganen der Landeskirche sowie in der Pfarrerschaft erhöht wurde. Heute sind fast 40 Prozent der Pfarrpersonen in der Landeskirche weiblich, im Vergleich zu rund zehn Prozent in den 1990er Jahren. Auch ein „Kirchen-Frauen-Konvent“ verdankte sich dem Impuls der Frauenbeauftragten.

Tandem für die Kirchenmusik



Fotos (2): Privat

Die Propsteikantoren Gerald de Vries (46) aus Goslar und Karsten Krüger (51) aus Bad Harzburg übernehmen gemeinsam für drei Jahre die Aufgabe des Landeskirchenmusikdirektors in der Landeskirche Braunschweig. Das hat das Kollegium des Landeskirchenamtes beschlossen. Nachdem Landeskirchenmusikdirektor Claus-Eduard Hecker zum Jahreswechsel in den Ruhestand getreten ist, sollen de Vries und Krüger für eine Übergangszeit die Kirchenmusik organisieren und strategisch fortführen.

Sie übernehmen die Aufgabe im Umfang einer halben Stelle zu je 25 Prozent. Mit einem Stellenanteil von 75 Prozent bleiben sie Kantoren in ihren Propsteien. Die Verringerung ihrer Propsteistellen kann durch eine neue, auf zwei Jahre befristete Kirchenmusikerstelle

kompensiert werden. Die langfristige Besetzung der Stelle eines Landeskirchenmusikdirektors soll im Rahmen des „Zukunftsprozesses“ der Landeskirche beraten werden. Auch die Stellen der Kirchenmusiker unterliegen einer Anpassung an sinkende Kirchenmitgliederzahlen. Besondere Aufmerksamkeit wollen de Vries und Krüger in den kommenden drei Jahren der Musik mit Kindern und Jugendlichen sowie der Ausbildung von Organisten und Chorleitern widmen. Dabei gehe es auch darum, neben- und ehrenamtliche Musiker zu unterstützen und zu fördern, wie beide betonen.



Foto: Klaus G. Kohn

Dagmar Reumke

„Ich träume von einer Kirche, die mir den Blick öffnet ins Weite.“

Eine Bank am Rand eines Wanderweges. Mein Blick geht in die Weite, über die schöne Vorharzlandschaft; im Innern ordnen sich Gedanken, die im Alltag oft hin und her und durcheinandergehen. Die Weite vor mir öffnet in mir einen Raum, in dem ich denken und beten kann. Die Kirche, die ich mir erträume, öffnet mir den Blick ins Weite. Auf die Lebenswirklichkeit anderer Menschen. Auf das, wofür ich dankbar bin. Auf die Risse und die Brüche, die wehtun und durch die, wie Leonard Cohen sagt, das Licht hineinfällt.

Sie schafft Raum, auch indem sie dafür sorgt, dass Leerstellen bleiben. Ungenutzte Zwischenräume. Sie schafft Räume, die bespielt werden können. Mit Kunst, Kultur, mit Gottesdiensten, Diskussionen und Gebet. Können, nicht müssen. Sie lässt Spielräume, Räume auch zum Feiern. Sie schafft in sich eine Weite, die es uns, die wir uns in ihr bewegen, möglich macht, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Und in die Tiefen der eigenen Seele.

Diese Kirche lässt sich auch selbst Raum. Sie füllt nicht alles aus mit Angeboten. Sie weiß, dass sie nichts tun muss, um sich die Gnade Gottes zu verdienen. Sie hofft, dass Gott sie nutzt, für sich. Vor allem die Leerstellen, die Risse und die Freiräume.

Pfarrerin Dagmar Reumke ist Persönliche Referentin des Landesbischofs in Wolfenbüttel.



KIRCHE UND DIAKONIE IM BRAUNSCHWEIGER LAND – JETZT AUF SOCIAL MEDIA!

Folge uns auf
Facebook und Instagram
[@evangelischeperspektiven](https://www.instagram.com/evangelischeperspektiven)

